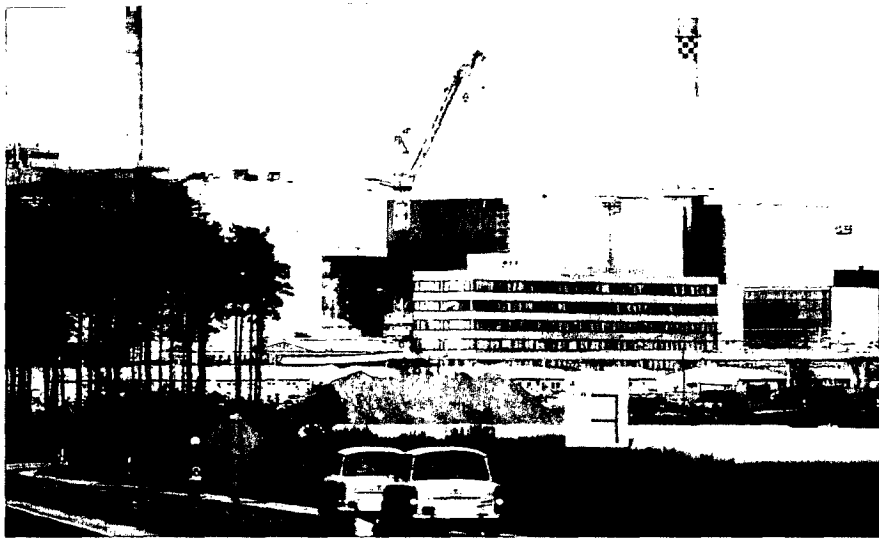




Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald

Schlampereien im AKW Greifswald

In einem „Naßlager“ für abgebrannte Brennelemente im abgeschalteten Block III des Kernkraftwerks Greifswald war über Wochen der Kühlwasserspiegel bedrohlich abgesunken, ohne daß dies bemerkt wurde. Als die Panne schließlich auffiel, füllte die Mannschaft das Becken trotz der Anweisung eines Ingenieurs nicht auf; der Ingenieur prüfte nicht weiter nach. Erst am 31. Oktober wurde der Störfall endlich behoben. Der für Reaktorsicherheit zuständige Minister Klaus Töpfer schickte am vorigen Freitag eine Untersuchungskommission nach Greifswald. Schlampereien scheinen dort üblich zu sein. So wurden in den außerhalb der Reaktorblöcke gelegenen Brennelement-Lagern Risse entdeckt. Es besteht die Gefahr, daß durch Lecks radioaktiv verseuchtes Kühlwasser ins Grundwasser gelangt ist. Sollte sich dieser Verdacht erhärten, stünde Töpfer vor einem großen Problem: Er

müßte kurzfristig einen anderen sicheren Platz für die Brennstäbe finden. Vorsichtshalber ließ er schon Gespräche mit der französischen Firma Cogema und der britischen BNFL führen.

Fahnenflucht

Moskau und Bonn stehen vor neuen Problemen: Allein in den vergangenen Wochen desertierten über 200 Soldaten



Rotarmisten nach dem Einkauf

der in der Ex-DDR stationierten 363 000 Mann starken West-Gruppe der sowjetischen Streitkräfte. 53 von ihnen baten bisher bei westdeutschen Behörden um Asyl, über 150 halten sich irgendwo versteckt, sie werden in ihren Einheiten als „vermißt“ geführt. Gefährliche Ausmaße nehmen illegale Waffenverkäufe aus Beständen der sowjetischen Armee an. Um ihren kargen Sold (Rekrut: 25 Mark im Monat, Leutnant: 800 Mark) aufzubessern, verkaufen Offiziere und Soldaten alles an deutsche und internationale Waffenhändler, was sich nur wegtragen läßt: Kalaschnikows kosten 200, Pistolen 100, Handgranaten und Minen 25 Mark. In den Wäldern in der Nähe großer Garnisonen, etwa im Raum Potsdam und Neubrandenburg, finden inzwischen nachts Waffenbörsen statt, auf denen sich Soldaten mit Berliner Ganoven treffen. Auf Vorschlag der sowjetischen Seite soll nun eine gemischte Kommission nach Mitteln und Wegen suchen, um den Schwarzmarkt zu unterbinden und die Deserteure zur Rückkehr in die Kasernen zu bewegen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat mit dieser heiklen Mission Staatssekretär Franz Bertele beauftragt, den früheren Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR.

Milch für Tschernobyl

Am Wochenende hat Bundesumweltminister Klaus Töpfer dem Bonner Staatsgast Michail Gorbatschow ein 60-Millionen-Mark-Geschenk gemacht: Der sowjetische Präsident kann im Dezember eine „Molke-Dekontaminations-Anlage“ übernehmen. Das Präsent ist eine

Gysi legt Finanzen offen

Die PDS will sich von drei Vierteln ihres Milliardenvermögens trennen und sie an die Berliner Treuhandanstalt oder an Wohlfahrtsverbände abtreten. Auf diesen Vorschlag, der am vergangenen Wochenende bei der unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen zur Abstimmung stand, hat sich das PDS-Präsidium in der Nacht zum Freitag nach hitziger Debatte geeinigt. Parteichef Gregor Gysi hatte eigens seine Wahlkampf-Tournee durch Westdeutschland („PDS kommt – selbstkritisch und selbstbewußt“) unterbrochen, um mit seinen engsten Mitarbeitern den neuen Vermögensbericht fertigzustellen, der nach den Millionenschiebereien von der Öffentlichkeit gefordert worden war.

Die PDS hält sich in ihrer neuen Bilanz an die auch von den ehemaligen Blockparteien und ihren Erben CDU und FDP angewandte umstrittene Methode, nur den Buchwert ihrer Besitztümer anzugeben, nicht aber den gegenwärtigen Verkehrswert.

Ihr Eigentum an Grundstücken, Häusern und Betrieben beziffert die PDS jetzt mit 189 Millionen Mark; sie will sich von Objekten im Wert von 116 Millionen trennen, vor allem von Hotels, Parteischulen und Ferienheimen.

Als „Rechtsträger“ verfügt die PDS über weitere Immobilien im Buchwert von 336 Millionen Mark; hier gehören ihr zwar die Häuser, nicht aber die Grundstücke, die in der DDR Volkseigentum waren und heute unter Aufsicht der Treuhandanstalt stehen. Davon will

die PDS Immobilien im Wert von 268 Millionen abgeben. Der Verkehrswert der Grundstücke und Gebäude – das heißt: der derzeit auf dem Markt zu erzielende Preis – sei „unbekannt“, heißt es lapidar in der PDS-Bilanz. Er muß erst von Wirtschaftsprüfern ermittelt werden, dürfte aber in die Milliarden gehen.

Abgeben will die SED-Nachfolgepartei auch die meisten jener über 30 Parteionternehmen, die – „zur Sicherung des Parteivermögens“, wie es in einem internen Aktenvermerk hieß – vor der Währungsunion in GmbHs umgewandelt und mit Darlehen von über 400 Millionen Mark ausgestattet worden waren.

Behalten will die PDS nach dem Vorschlag Gysis die Fundament GmbH, die alle ihr noch verbleibenden Häuser verwalten soll. Ebenso behält die PDS die